

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Krieg in der Ukraine beenden – Diplomatie statt Blutvergießen – Trumps Initiative unterstützen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der Krieg in der Ukraine ist inzwischen in das vierte Jahr gegangen. Er hat sich zu einem für beide Seiten verlustreichen Abnutzungskrieg entwickelt. Die Zahl der Opfer geht in die Hunderttausende. Millionen Menschen sind geflüchtet. Die militärische Lage der Ukraine verschlechtert sich stetig. Der als alternativlos propagierte Sieg über Russland ist nicht nur in weite Ferne gerückt, sondern von den Realitäten längst eingeholt. Jede weitere Eskalation steigert die Gefahr einer Ausweitung des Krieges, in den auch unser Land immer mehr hineingezogen wird.
2. Während die CDU und die noch Regierenden die Ukraine weiter mit Waffenlieferungen zur Fortsetzung des Krieges ertüchtigen wollen und über die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern streiten, hat der amerikanische Präsident die diplomatische Initiative ergriffen und mit dem russischen Präsidenten über die Außenminister beider Länder vereinbart, Verhandlungen mit dem Ziel eines Waffenstillstands und eines dauerhaften Friedens zwischen den Konfliktparteien zu führen.
3. Die CDU und die noch Regierenden sehen das kritisch und fordern, dass neben der Ukraine auch die Europäer in die Verhandlungen eingebunden werden. Unabhängig davon ist die Philosophie Deutschlands und weiterer Unterstützerstaaten, den Krieg solange fortzusetzen, bis die Ukraine in der Lage ist, Verhandlungen mit Russland aus einer Position der Stärke zu führen, mit der Initiative Trumps definitiv gescheitert. Allerdings war diese Idee schon lange vorher von den Realitäten auf dem Schlachtfeld und den ungleichen militärischen Fähigkeiten der Konfliktparteien eingeholt und vollkommen unreal geworden.

4. Das Blutvergießen in der Ukraine muss schnellstmöglich beendet werden. Das muss aus Gründen der Menschlichkeit und der äußerst angespannten Lage auf dem Schlachtfeld höchste Priorität haben. Es gibt zu einer diplomatischen Lösung keine vernünftige Alternative. Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands ist durch nichts zu rechtfertigen. Gleichwohl hat er eine Vorgeschichte, wozu unter anderem ein jahrelanger Bürgerkrieg im Donbas gehört. Das kann bei einer Friedenssuche nicht ausgeblendet werden.
 5. Der von Trump bereits skizzierte Kompromiss sollte unter Berücksichtigung der Realitäten und der Vorgeschichte für die Ukraine akzeptabel sein und nicht als Diktatfrieden verworfen werden. Denn er entspricht im Grunde dem, was in den Minsker Abkommen schon vorgezeichnet war. Anstelle einer weitgehenden Autonomie wird es in der schon immer russisch geprägten Ostukraine zu Gebietsabtretungen kommen und statt eines NATO-Beitritts wird die Ukraine Sicherheitsgarantien erhalten. Und die Krim, die abgesehen von einer von Chruschtschow zu Sowjetzeiten verfügten Umschreibung schon immer zu Russland gehörte, wird kein Thema mehr sein.
 6. Ein solcher Frieden liegt auch im Interesse Deutschlands. Denn dieser Krieg ist nicht unser Krieg und auch keiner der NATO. Eine Fortsetzung des Krieges mit dem Risiko weiterer Eskalation ist für uns keine Alternative. Es ist nicht zu befürchten, dass sich Putin durch ein Nachgeben des Westens zu weiteren Aggressionen gegen Deutschland oder ein anderes NATO-Land ermutigt fühlen könnte. Ein Angriff gegen ein NATO-Land wäre ein Krieg auf einer ganz anderen Ebene. Daran kann Putin kein Interesse haben. Denn er weiß ganz genau, dass dies ein selbstmörderisches Unternehmen wäre. Die Dämonisierung Putins und das Schüren von Ängsten vor einem Angriff auf unser Land sind nicht hilfreich.
 7. Es liegt weder im deutschen noch im europäischen Interesse, sich auf Dauer von Russland abzuwenden. Die Perspektive für die Zeit nach dem Krieg kann langfristig nur in einer Entpolarisierung und in einer Normalisierung der Beziehungen zu Russland und einer Wiederbelebung des Handels, nicht aber in einem neuen, auf Jahre oder Jahrzehnte angelegten Kalten Krieg liegen. Diesen irgendwann zu überwinden, würde schwieriger sein, als ihn jetzt noch zu verhindern.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
1. die diplomatische Initiative der US-Regierung, durch Verhandlungen mit Russland ein Ende des Ukrainekrieges herbeizuführen und einen dauerhaften Frieden zu erreichen, auf allen Ebenen zu unterstützen.
 2. sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass an die Ukraine keine Waffen geliefert werden, die zu einer weiteren Eskalation des Kriegsgeschehens führen könnten.

Nikolaus Kramer und Fraktion